

II- 2922/der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1438/J

1985-06-26

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Schüssel, Ingrid Tichy-Schreder
und Kollegen

an den Bundesminister für Soziale Verwaltung
betreffend Bekämpfung der Schattenwirtschaft

Am 20.10.1983 hat der Nationalrat eine EntschlieÙung gefaÙt, in der u.a. die Bundesregierung aufgefordert wird, gemeinsam mit den Interessensverbänden eine umfassende gemeinsame Initiative zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, zur Hebung der Steuermoral, zur Sicherung des Steueraufkommens und des Beitragsaufkommens der Sozialversicherungsträger sowie zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu ergreifen.

Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen hat der Paritätischen Kommission am 10. Mai 1985 ein Gutachten über die Schattenwirtschaft übermittelt, in dem zahlreiche Empfehlungen zur Eindämmung der Schattenwirtschaft abgegeben werden.

Der Beirat hat festgestellt, daß auch in Österreich das Potential für schattenwirtschaftliche Aktivitäten zugenommen hat, zum Teil aufgrund von Arbeitsmarktproblemen, zum Teil auch aufgrund eines Wandels in der Einstellung zu geregelter Arbeit und eines zunehmenden Steuerwiderstandes.

In dem Gutachten wird festgehalten, daß die von großen Teilen der Bevölkerung immer noch als "Kavaliersdelikt" eingestuften schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht insgesamt negativ zu bewerten sind. Neben ökonomischen Faktoren der unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen zwischen offizieller und Schattenwirtschaft, dürften zunehmend auch soziologische Aspekte eine Rolle spielen,

die oft unter den Schlagworten "Staats- und Bürokratieverdrossenheit, zunehmende Kompliziertheit der Normen", zusammengefaßt werden: Unterschiede in der Abgabenbelastung zwischen befugten Arbeitsleistungen und Schattenwirtschaft haben in der Vergangenheit zugenommen; beträchtliche Anreize für schattenwirtschaftliche Aktivitäten können oft auch von unbeabsichtigten Nebenwirkungen einzelner Regulierungen ausgehen, die ursprünglich für Schutzzwecke und zur Vereinfachung geschaffen wurden, häufig aber eine Kostenbelastung darstellen, die Konsumenten und Auftraggeber in der offiziellen Wirtschaft über Preise abzugelten nicht bereit sind.

Bei seinen Empfehlungen hat der Beirat besonders Gewicht auf eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung gelegt, um einen Einstellungswandel in der Bevölkerung herbeizuführen. Der Beirat hat auch gefordert, daß seine Einschätzung gegenüber der Schattenwirtschaft sich aber auch bei jenen Behörden durchsetzen müßte, die bisher der Bekämpfung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten "eine niedrige Priorität" einräumen.

Der Beirat schlägt weiters vor, daß jeder Normenbereich für sich einer speziellen Untersuchung über im Sinne der Eindämmung der Schattenwirtschaft negative Auswirkungen von Gesetzen und Verordnungen unterzogen werden soll, um Vereinfachungen herbeizuführen, die einen Kompromiß zwischen öffentlichen Interessen oder Schutzinteressen einerseits sowie Überschaubarkeit und praktischer Administrierbarkeit andererseits darstellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Soziale Verwaltung folgende

- 3 -

A n f r a g e :

- 1) Welche Aktivitäten sind im Bundesministerium für Soziale Verwaltung geplant, um die Bevölkerung über die nachteiligen Folgen der Nichtentrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen durch Pfusch aufzuklären?
- 2) Welche Weisungen planen Sie angesichts der Empfehlung des Beirats, zur Eindämmung der Schattenwirtschaft eine intensivere Kooperation und Mitwirkung der Arbeitsämter, Arbeitsinspektorate und Sozialversicherungsträger herbeizuführen?
- 3) Planen Sie eine Verschärfung der Sanktionen gegen Personen, die mißbräuchlich Leistungen der Arbeitslosen-, Unfall- und Krankenversicherungsträger beziehen und sich als Pfuscher betätigen?